

PRESSEMITTEILUNG

Berufsschullehrer und Arbeitgeber stellen Programm zur Stärkung von Aufstiegschancen durch berufliche Bildung vor

**„Die Integration von Flüchtlingen ist ohne starke berufliche
Bildung nicht zu schaffen“**

02.10.2015

STUTT GART – Berufsschullehrer und Arbeitgeber in Baden-Württemberg haben mit Blick auf die Landtagswahl 2016 ihre gemeinsamen Erwartungen an die Berufsbildungspolitik im Land formuliert. Mit einem sieben Punkte umfassenden Programm sollen Aufstiegschancen durch berufliche Bildung gestärkt werden. Zu den Kernforderungen zählen der Erhalt beruflicher Bildungsangebote in der Fläche, die erfolgreiche Ertüchtigung der beruflichen Bildung für eine „Wirtschaft 4.0“ sowie verstärkte Anstrengungen bei der Integration von Zuwanderern. „Ohne eine starke berufliche Bildung werden wir die bevorstehenden großen Herausforderungen bei der Integration nicht schaffen“, erklärten die Arbeitgeber Baden-Württemberg und der Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg (BLV), beim gemeinsamen Bildungskongress am Freitag in Stuttgart.

Gerade der aktuelle Flüchtlingszustrom stelle ganz besondere Anforderungen an die berufliche Bildung. Der Erwerb der deutschen Sprache sei dabei die Grundvoraussetzung, um das berufliche Bildungssystem erfolgreich durchlaufen und anschließend Beschäftigung finden zu können. „Deshalb erwarten wir von der Politik, dass der Spracherwerb in den Mittelpunkt gestellt wird“, sagte Dr. Harry Brambach, Vizepräsident der Arbeitgeber Baden-Württemberg: „Ohne ausreichende Sprachkenntnisse kann Integration in Beruf, Arbeit und Gesellschaft nicht gelingen.“ So müsse sehr schnell eine ausreichende Zahl an Lehrkräften in den Fächern „Deutsch als Fremdsprache“ und „Deutsch als Zweitsprache“ ausgebildet werden. Auch benötigten Betriebe, die Flüchtlinge ausbilden wollen, mehr Rechtssicherheit. Zudem müssten die Ausbildung unterstützende Instrumente früher für Flüchtlinge und Geduldete geöffnet werden.

Mit Blick auf die rasanten Veränderungen in der Wirtschaft fordern Berufsschullehrer und Arbeitgeber eine moderne und umfassendere Ausstattung der beruflichen Schulen, neue, digital vernetzte Kooperationen von Berufsschule und Betrieb sowie ein verpflichtendes Stundenkontingent für informationstechnische Grundbildung im neuen Bildungsplan 2016. Weiter gelte es, trotz rückläufiger Schülerzahlen berufliche Bildungsangebote in der Fläche – in der Nähe

der ausbildenden Betriebe – zu erhalten. Dort, wo Fachklassen auf Bezirks- oder Landesebene zusammengezogen werden müssten, müsse sich das Land stärker an den Unterbringungskosten der Berufsschüler beteiligen. Es sei enttäuschend, dass, trotz aller Lippenbekenntnisse der Politik vor der Wahl, während der gesamten Legislaturperiode der Landeszusammenschluss nicht erhöht wurde. Der Vizepräsident der Arbeitgeber forderte die Landesregierung zum Handeln auf: „Die Zeit des Prüfens ist vorbei.“

Um Unterrichtsausfall zu verringern und um die zusätzlichen Flüchtlingsklassen unterrichten zu können, seien neben der Wiederbesetzung aller frei werdenden Stellen jährlich 200 zusätzliche Stellen erforderlich. „Bei der Stellenbesetzung müssen die beruflichen Schulen besser einbezogen werden. Sie müssen frühzeitig über ihre Einstellungsmöglichkeiten informiert werden“, sagte der BLV-Vorsitzende Herbert Huber: „Zudem sollte im Verständnis von operativ eigenständigen Schulen der überwiegende Teil der zu besetzenden Stellen über ein schulbezogenes Ausschreibungsverfahren besetzt werden.“

Weiter fordern Arbeitgeber und Berufsschullehrer eine umfassende Qualifizierung der Lehrkräfte für die Leitperspektive Berufsorientierung im neuen Bildungsplan, ein eigenständiges pädagogisches Profil für die Realschule – auch mit dem Ziel, die direkten Übergänge von der Realschule in die duale Ausbildung wieder zu erhöhen –, sowie die berufliche Bildung durch einen besseren Übergang von Schule in den Beruf zu stärken.

Auf dem gemeinsamen Bildungskongress in Stuttgart hatten zudem die vier im Landtag vertretenen Parteien Gelegenheit, ihre Perspektiven für die berufliche Bildung im Land zu skizzieren. Viktoria Schmid (CDU), Siegfried Lehmann (Grüne), Gerhard Kleinböck (SPD) und Dr. Timm Kern (FDP) diskutierten über ihre Vorstellungen. Neben Fachvorträgen stellte sich am Nachmittag auch Kultusminister Andreas Stoch (SPD) der Diskussion.

Anlage:

„Aufstieg durch berufliche Bildung – Sieben-Punkte-Programm zur Landtagswahl 2016“ der Arbeitgeber Baden-Württemberg und des Berufsschullehrerverbands Baden-Württemberg (BLV)